



Wie weiter nach den Herbstprotesten?

Die Herbstproteste 2010 der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen war seit Ausbruch der Krise die bisher größte Protestwelle in Deutschland: Hunderttausende gingen gegen die Atomlobby (München 50.000, Castor-Proteste in Gorleben 50.000, Berlin 100.000) und gegen Stuttgart 21 auf die Straße. Weit über Hunderttausend haben an den DGB-Demonstrationen im Oktober und am 13. November (Stuttgart ca. 50.000, Nürnberg über 30.000, Dortmund 14.000 und Erfurt 6.000) teilgenommen und haben auch bei den zahlreichen betrieblichen Protesten im Oktober und November ihren Unmut gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihrem Rücken zum Ausdruck gebracht. Dennoch reichten alle Proteste bisher bei weitem nicht aus, um auch nur eines der beschlossenen Vorhaben von Regierung und Kapital zu kippen.

Die Gewerkschaften haben Glaubwürdigkeit verloren!

Nach wie vor haben die Proteste nicht die Dimensionen und die Dynamik wie in anderen europäischen Ländern (Frankreich, Griechenland). Eine Ursache ist sicher, dass die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften in Deutschland sehr gelitten hat, da die sozialen Proteste und die Tarifbewegungen der letzten Jahre nicht erfolgreich und nicht von Nachhaltigkeit geprägt waren. Schlimmer noch, oft wurde von Seiten der Gewerkschaftsführungen, zur Stärkung des Standortes Deutschland, Verzichtspolitik nicht nur das Wort geredet, sondern auch tatkräftig organisiert und mitgetragen. Die letzte große soziale Protestwelle 2003/2004 gegen Agenda 2010 mit bis zu ½ Million Teilnehmenden verlief im Sande und wurde nicht genutzt, um die Regierung so unter Druck zu setzen, dass sie zumindest Teile der Agenda 2010 hätte zurück nehmen müssen. Die Tarifpolitik hat dazu geführt, dass Deutschland mittlerweile Schlusslicht in ganz Europa ist und seit über 10 Jahren Reallohnsenkungen stattfinden. Es ist nicht gelungen, der Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Niedriglohnsektor Einhalt zu gebieten.

Die 2 großen Tarifprojekte ERA (IGM) und TVÖD (verdi) haben das Tarifniveau abgesenkt und Spaltung in die Belegschaften getragen. Neue Bewegungen für tarifliche Verbesserungen, wie z.B. in den 80er Jahren für Arbeitszeitverkürzung, gab es seit Jahrzehnten nicht mehr.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen hoffen viele KollegInnen nicht mehr darauf - und trauen den Gewerkschaftsführungen dies auch nicht mehr zu - dass diese mit allen gewerkschaftlichen Mitteln versuchen, massive Verschlechterungen zu verhindern. Es ist deshalb schwieriger geworden, Belegschaften für überbetriebliche politische Aktionen zu gewinnen und zu mobilisieren. Diese Entwicklung muss durchbrochen werden. Entschiedenes qualitatives und quantitatives Nachlegen bei Widerstand und Mobilisierung ist nötig, um Vertrauen und Kampfkraft zurückzugewinnen.

Nachhaltigkeit, Zusammenwachsen und kämpferische Aktionen

Dass es in Deutschland möglich ist, große Protestbewegungen auf die Beine zu bekommen, zeigen z.B. die Bildungsproteste, die Bewegungen gegen Stuttgart 21 oder gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Diese Bewegungen werden ernster genommen, weil sie größere Glaubwürdigkeit ausstrahlen, dass sie ihr Ziel erreichen wollen und sich dafür nachhaltig, kreativ und mit kämpferischen Aktionen des zivilen Ungehorsams einsetzen (Bsp. Castor schottern, S21-Blockaden). Auch wenn den Gewerkschaftsvorständen das Zusammen-

wachsen der verschiedenen Protestbewegungen nicht wichtig ist (oder fürchten sie es?), von der Basis wird es praktiziert.

Das hat u.a. die große Kundgebung am 13.11. in Stuttgart bewiesen, bei der sich Tausende von S21-Gegner eingereicht haben und umgekehrt über 10.000 GewerkschafterInnen nach Abschluss der DGB-Kundgebung noch zu der Kundgebung der Stuttgart 21-GegnerInnen zogen.

Gewerkschaftliche Kräfte bündeln und

Die Aktionswoche der IG Metall Baden-Württemberg im Mai 2009 war ein gutes Beispiel für betriebliche Aktionen: während der Arbeitszeit protestierten über 30.000 KollegInnen gegen Entlassungen in der Krise und nahmen das politische Streikrecht war. Solche Beispiele müssen Schule machen - in anderer Größenordnung und mit höherer Qualität!

Auch nach den Herbstaktionen müssen die Gewerkschaften aktiv bleiben - bis entweder das Sparprogramm, die Rente mit 67, die Gesundheitsreform - oder alles - vom Tisch ist! Nach den getrennten und zeitlich versetzten betrieblichen und öffentlichen Aktionen der Gewerkschaften, muss der nächste Schritt sein:

betriebliche Aktionen aller Gewerkschaften - an einem Tag - zur gleichen Zeit - für ein gemeinsames Ziel!

.....mit den anderen Krisenprotestbewegungen zusammenführen!

Anfang 2009 wurde die Krisenprotestbewegung aufgebaut. Sie hat im März 2009 die ersten Krisenprotestdemos in Frankfurt und Berlin mit zusammen 55.000 Menschen organisiert und im Herbst 2009 dezentrale Aktionstage. Im Juni 2010 waren sie die Initiatoren für die ersten Demos gegen die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung mit 42.000 Teilnehmenden in Berlin und Stuttgart.

Neben der Bündelung der gewerkschaftlichen Mobilisierungsmöglichkeiten ist eine verstärkte Zusammenführung der Protestpotentiale von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen notwendig. Um schlagkräftiger gegen die Krisenfolgen und andere unsozialen Beschlüsse von Kabinett und Kapital vorgehen zu können, ist dies die zweite Schlussfolgerung aus dem Verlauf der Aktionswochen und anderer Protestbewegungen in diesem Herbst! Um zu dieser Bündelung der bisher getrennt agierenden Kräfte beizutragen, ist der weitere Aufbau breiter örtlicher Krisenprotestbündnisse anzugehen.

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 21. November 2010